

Analyse

Nowcast 2024 – THG-Reduktion um 6,4%

Aufgrund der EU-Governance-Verordnung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre vorläufigen Abschätzungen über die Entwicklung der nationalen Treibhausgas(THG)-Emissionen an die Europäische Kommission zu übermitteln.

Für das Jahr 2023 rechnet die Umweltbundesamt GmbH mit einer Reduktion der nationalen THG-Emissionen um 6,4% im Vergleich zum Jahr 2022 – dies entspricht einem CO₂-Äquivalent von 4,7 Millionen Tonnen.

Der vorliegende Bericht „Nowcast 2024“ umfasst eine Abschätzung der THG-Emissionen für das Jahr 2023 und wurde mit einer vereinfachten Methodik durchgeführt, er spiegelt den aktuellen Wissensstand vom Juni 2024 wider. Diese Ergebnisse werden im Jänner 2025, mit dem Zeitpunkt der Publikation der neuen Inventurdaten für das Jahr 2023, konkretisiert. Die Abschätzung erfolgt im Wesentlichen auf Basis bereits verfügbarer Statistiken für das Jahr 2023, wie insbesondere der aktuellen Österreichischen Luftschadstoff-Inventur, der vorläufigen Energiebilanz, der aktuellen Daten der Emissionshandelsanlagen sowie der aktuellen Erhebungen und Statistiken der Sektoren Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und fluorierte THG (F-Gase).

Ergebnisse 2022/2023 im Vergleich

Die vorläufigen Berechnungen zeigen, dass in Österreich im Jahr 2023 etwa 68,2 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen wurden. Im Vergleich zum Jahr 2022 entspricht dies einer Reduktion von 6,4% oder 4,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Dieses Ergebnis zeigt einen weiteren signifikanten Rückgang der THG-Emissionen nach dem Rückgang im Vorjahr. Bereits im Jahr 2022 sind die Emissionen zum Vergleichsjahr 2021 um 5,8% gesunken, was einer Reduktion von 4,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent entsprach.



Das Jahr 2022 war vor allem geprägt von dem im Februar begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und von den damit verbundenen Verwerfungen bei den Energiepreisen sowie dem deutlichen Anstieg der Teuerungsrate. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Vergleich zum Jahr 2021 um rund 4,8%, die Bevölkerung wuchs um 1,1%. Aufgrund der warmen Witterung im Jahr 2022 fiel die Zahl der Heizgradtage gegenüber dem Vorjahr um 12,8%.

Für das Jahr 2023 lässt sich ein ähnliches Bild erkennen. So zeigen sich immer noch die Auswirkungen des andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, und die weiterhin bestehenden daraus folgenden Verwerfungen auf dem Energiemarkt sowie ein deutlicher Anstieg der Inflation. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2023 im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,8%, nachdem es im Jahr 2022 um 4,8% gegenüber 2021 beträchtlich angestiegen war. Die Bevölkerung wuchs um 0,9% und damit etwas weniger als im Vergleich zu 2022, wo ein Plus von 1,1% stand. Das Jahr 2023 zeigte sich klimatisch noch milder als das Jahr 2022, weshalb die Zahl der Heizgradtage gegenüber dem Vorjahr um 3,1% fiel, dies wohl gemerkt nach einem Rückgang von 12,8% im Jahr 2022.

Reduktion nach Sektoren

Die Reduktion der Treibhausgasemissionen gliedert sich nach den Abschätzungen des UBA wie folgt auf die einzelnen Sektoren auf:

EU-Emissionshandel (ETS I)

Der Rückgang um 8,3% bzw. um 2,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent im Emissionshandelsbereich (ETS I) ergibt sich laut Umweltbundesamt aus der Reduktion der Emissionen bei der Papier- und Chemischen Industrie sowie der Zement-, Kalk- und Stahlproduktion. Somit wurden rund 47% der Gesamtreduktion Österreichs durch die Industrie erzielt. Höhere Emissionen wurden lediglich bei der Rohölverarbeitung verzeichnet, was aber nach dem langen Ausfall der Raffinerie im Jahr 2022 nachvollziehbar ist.



Sektoren nach Lastenteilungsverordnung (ESR)

In den Sektoren außerhalb des Emissionshandels sind die Emissionen den Abschätzungen zufolge um 5,3% bzw. 2,5 Millionen Tonnen gesunken. Diese Reduktion verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Sektoren:

Verkehr

Im Sektor Verkehr sind die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um 3,8% bzw. 0,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent gesunken, was einem Anteil von rund 17% an der Gesamtreduktion entspricht. Emissionen aus Diesel für den Straßenverkehr haben um 6,6% abgenommen und für Benzin um 5,3% zugenommen. Die Reduktion im Bereich Diesel ist dabei einzig und allein auf den Rückgang des Verbrauchs bei schweren Nutzfahrzeugen um 22,8% zurückzuführen. Sowohl bei leichten Nutzfahrzeugen als auch Diesel-Pkw war jeweils ein Anstieg des Verbrauches zu verzeichnen.

Gebäude

Im Sektor Gebäude sind die THG-Emissionen um 20% bzw. 1,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent gesunken, was einerseits auf die gegenüber dem Vorjahr um 3,1% niedrigere Anzahl an Heizgradtagen, aber vor allem auf die weiterhin höheren Verbraucherpreise für Energie und den Umstieg auf nachhaltige Heizsysteme zurückzuführen ist. Der Heizölverbrauch ging dadurch um 22% und der Erdgasverbrauch um 20% zurück.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft führten rückläufige Viehzahlen und Mineraldüngerverwendung zu sinkenden THG-Emissionen.

Abfallwirtschaft

Im Sektor Abfallwirtschaft setzte sich der rückläufige Emissionstrend von Methan aus Deponien fort.

Emissionen von F-Gasen

Die Emissionen von F-Gasen sind gegenüber dem Vorjahr weiter zurückgegangen. Der langfristige stete Rückgang, der durch die Auswirkungen der EU-F-Gase-Verordnung

erwartet wird, zeigt sich in Österreich nicht im gleichen Ausmaß wie auf EU-Ebene. Die Import- bzw. Verbrauchsmengen in Österreich liegen seit dem Jahr 2021 über den auf EU-Ebene verpflichtenden Reduktionsschritten (der Reduktionspfad ist nur auf EU-Ebene verpflichtend, nicht national).

Conclusio

Das Wegener Center hat gemeinsam mit der Universität Graz eine Analyse über die Entwicklung der österreichischen Treibhausgasemissionen seit 2021 erstellt. Darin kommt man zu dem Schluss, dass nur ein geringer Anteil der Reduktion der Treibhausgase auf einer zurückgehenden wirtschaftlichen Leistung beruht. Angesichts der Tatsache, dass rund zwei Drittel der Reduktion aus der energieintensiven ETS-Industrie plus dem Transportsektor stammen, erscheinen die konjunkturellen Effekte deutlich höher als angenommen. Bei einem wirtschaftlich wünschenswerten Anspringen der Industriekonjunktur wird diese Reduktion allerdings schwer zu halten sein.

Die neue Bundesregierung sollte daher auf Maßnahmen setzen, die einerseits dem Klimaschutz zuträglich sind und andererseits den Wirtschaftsstandort stärken. Darunter fallen insbesondere strukturelle Maßnahmen wie Verfahrensbeschleunigung, Transformations-Finanzierung und eine Mobilisierung auch von privatem Kapital. ●

Weitere Infos:

- Nowcast 2024 – Umweltbundesamt ([Link](#))
- Wegener Center ([Link](#)).



Mag. Markus Oyrer BSc LL.B. (WKÖ)

markus.oyrer@wko.at